

// Im Blickpunkt

Im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmern ist die Verwendung vorformulierter Vertragsbedingungen unerlässlich. Allerdings macht die Verwendung von Standardverträgen nur insofern Sinn, als sie wirksamer Bestandteil der Vertragsbeziehung werden. Doch wo genau verläuft bei Verträgen zwischen Unternehmern die Grenze zwischen Individualvereinbarung und AGB? Diese Frage des AGB-Rechts ist Gegenstand des aktuellen Beitrags von *Kessler/Jüttner*.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Keine entsprechende Anwendung des § 74c Abs. 1 HGB auf GmbH-Geschäftsführer**

Der II. Zivilsenat hat mit Urteil vom 28.4.2008 – II ZR 11/07 – seine Entscheidung vom 15.4.1991 – II ZR 214/89 – bestätigt und ausgeführt: § 74c Abs. 1 HGB, wonach sich der Handlungsgehilfe auf die Karenzentschädigung anrechnen lassen muss, was er durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt, ist auf den Anspruch des Geschäftsführers einer GmbH auf Zahlung einer Karenzentschädigung nicht entsprechend anwendbar. Denn es handelt sich um eine speziell auf den zwingenden Charakter der Karenzentschädigung für den Handlungsgehilfen zugeschnittene Norm.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1349-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Feststellung des Verlusts einer Gesellschafterstellung

Mit Beschluss vom 28.1.2008 – II ZR 290/06 – hat der BGH entschieden: Ist in einem Vorprozess zwischen der GmbH und Gesellschaftern, hinsichtlich derer der Ausschluss und die Einziehung ihrer Geschäftsanteile satzungsgemäß beschlossen wurden, rechtskräftig festgestellt worden, dass diese noch bis zur Zahlung des Einziehungsentgelts Gesellschafter sind, so kann aufgrund der Bindungswirkung dieses Urteils in einem Folgeprozess nicht abweichend hiervon ein früherer Verlust der Gesellschafterstellung unabhängig vom Eintritt dieser Bedingung festgestellt werden.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1349-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Genehmigung eines Lastschriftinzugs durch vorläufigen Insolvenzverwalter

Der u.a. für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des BGH hat mit Urteil vom 10.6.2008 – XI ZR 283/07 – entschieden, dass Nr. 7 Abs. 3 AGB-Banken auch den schwachen vorläufigen Insolvenzverwalter bindet. Will dieser der – fingierten –

Genehmigung einer Belastungsbuchung durch den Schuldner nicht zustimmen, so hat er sich wie der Schuldner selbst rechtzeitig gegenüber der Zahlstelle zu erklären. Andernfalls muss auch er die Genehmigungsfiktion gegen sich gelten lassen. An die vom IX. Zivilsenat des BGH (BGH, Urteil vom 25.10.2007 – IX ZR 217/06, BB 2008, 13 mit Komm. *Flitsch*, zur Veröffentlichung in BGHZ 174, 84 vorgesehen) in nicht tragenden Erwägungen vertretene gegenteilige Auffassung war der XI. Zivilsenat nicht gebunden.

(Quelle: PM BGH vom 11.6.2008)

BGH: Internet-Versteigerung III – Darlegungs- und Beweislast

Mit Urteil vom 30.4.2008 – I ZR 73/05 – hat der BGH entschieden: Der Markeninhaber, der gegen einen Störer (hier: Betreiber einer Internet-Plattform) vorgeht, muss ein Handeln im geschäftlichen Verkehr derjenigen Personen darlegen und gegebenenfalls beweisen, die gefälschte Markenprodukte auf der Internet-Plattform anbieten. Hat er einen Sachverhalt dargelegt und bewiesen, der ein Handeln im geschäftlichen Verkehr nahelegt (hier: mehr als 25 so genannte Feedbacks bei den Anbietern), kann der Betreiber der Internet-Plattform nach den Grundsätzen der sekundären Darlegungslast seinerseits gehalten sein, zum Handeln der Anbieter substantiiert vorzutragen, wenn er ein Handeln im geschäftlichen Verkehr in Abrede stellen will.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1349-3 unter www.betriebs-berater.de

OLG Hamm: Bedingte Kapitalerhöhung – Angabe nur des Mindestausgabebetrags unzureichend

Mit Urteil vom 19.3.2008 – 8 U 115/07 – hatte das OLG Hamm über die bislang höchstrichterlich noch nicht geklärte Frage zu entscheiden, ob die Verfahrensweise, in einem Beschluss über eine bedingte Kapitalerhöhung lediglich Grundlagen für die Ermittlung eines Mindestausgabebetrags festzustellen, im Übrigen aber die konkrete Festsetzung des Ausgabebetrags in das Er-

messen des Vorstands zu stellen, gesetzeskonform ist. Unter Hinweis auf den klaren Wortlaut des § 193 Abs. 2 Nr. 3 AktG hat das OLG Hamm die bloße Feststellung eines Mindestausgabebetrags nicht als ausreichend erachtet.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1349-4 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vollstreckungsrechts**

Der Bundesrat will Gläubigern bessere Möglichkeiten geben, Auskünfte über die finanziellen Verhältnisse ihrer Schuldner zu erhalten. In einem am 13.6.2008 beschlossenen Gesetzentwurf schlägt er Maßnahmen vor, um die zivilrechtliche Zwangsvollstreckung mit Hilfe von Informationstechnologie zu modernisieren und zu beschleunigen.

Mit ihrer Initiative wollen die Länder zur Modernisierung des Vollstreckungsrechts, zur Entlastung der Justiz und zur Verbesserung des Rechtsverkehrs beitragen.

(Quelle: PM Bundesrat vom 13.6.2008)

New Yorker und deutsche Versicherungsaufsicht unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

Eric Dinallo, Insurance Superintendent des US-Bundesstaats New York, und *Dr. Thomas Steffen*, Exekutivdirektor der Versicherungsaufsicht bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), haben am 12.6.2008 in New York ein Memorandum of Understanding (MoU) über eine engere Zusammenarbeit der beiden Versicherungsaufsichtsbehörden unterzeichnet. Das MoU bildet die förmliche Grundlage für Konsultationen, Kooperation und Koordination zwischen der BaFin und dem Versicherungsressort des US-Bundesstaats New York, New York State Insurance Department (NYSID), und sieht einen Austausch von Informationen vor, die für die Aufsichts-, Regulierungs- und Prüfungsaufgaben beider Behörden relevant sind.

(Quelle: PM BaFin vom 12.6.2008)